

Rheingauer Bote.

Rüdesheimer Zeitung.



Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr. 15

Erscheint wöchentlich dreimal und kostet vierteljährlich M. 1.20 ohne und M. 1.60 mit illust. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postaufschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Montag, den 4. Februar.

Insertionsgebühr: die viergespaltene Zeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg.; Reklame 50 Pfg.; bei mehrmaliger Einrückung entsprechender Rabatt. Druck u. Verlag von A. Meier in Rüdesheim.

1918.

Bekanntmachungen.

Am Dienstag, den 5. Februar, werden bei Frau Münch, Kirchstraße, Briefetts abgegeben. Die noch rückständigen Marken 1, 2 und 3 der Kreislosholzkarte sind an diesem Tage einzulösen. Auf jede dieser Marken entfällt ein Zentner.

Weitere Ausgabe erfolgt auf Marke 4, gleichfalls gültig für zwei Zentner. Soweit die Vorräte bei Frau Münch nicht ausreichen, können die Marken im Gaswerk eingelöst werden. Neue Marken werden diesmal nicht abgegeben, der Zeitpunkt hierfür wird noch bekannt gemacht.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausgabe von Brennstoffen im Gaswerk nur Dienstags und Freitags nachmittags von 2-5 Uhr erfolgen kann. Ausnahmen zu einer anderen Zeit können unter keinen Umständen zugelassen werden.

Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß von heute ab der im Kleinverkauf abzugebende Rost im Gaswerk bezahlt wird. Es erübrigt sich mithin die Lösung einer Karte im Bauamt und der Quittung in der Stadtkasse.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß im Gaswerk auch Braunkohlen im Kleinverkauf abgegeben werden, die gemischt mit Rost einen sehr guten Brennstoff abgeben.

Soweit möglich, sollen zwischen durch einzelne Fuhren Rost unsern Großabnehmer zugeteilt werden. Sie müssen sich aber durch Nachfrage im Gaswerk, Fernsprecher Nr. 218, dortselbst für einen bestimmten Tag vormerken lassen.

Rüdesheim, den 2. Februar 1918.

Die Verwaltung der Städt. Werke.

Der Unterricht für die Klasse der ungelerten Arbeiter in der gewerblichen Fortbildungsschule wird ab dieser Woche von Donnerstag auf Freitag, vormittags 7-9 Uhr verlegt.

Rüdesheim, den 4. Februar 1918.

Der Magistrat: Alberti.

Der deutsche Generalstab meldet:

Großes Hauptquartier, 1. Februar (28. I. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Unsere Erkundungsabteilungen brachten aus den englischen Stellungen in Flandern Gefangene und Maschinengewehre zurück. Bei dichtem Nebel blieb die Feuerbetätigung an der ganzen Front gering.

Italienische Front. Auf der Hochfläche von Asiago lebhafter Artilleriekampf. Vom Monte di Val Bella und Col del Rosso aus setzten die Italiener viermal starke Kräfte zu neuen Angriffen ein. Sie brachen jedesmal im Feuer vor den österreichisch-ungarischen Stellungen zusammen.

Großes Hauptquartier, 3. Februar (28. I. B. Amtlich.)

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der flandrischen Front kam es am Nachmittag zwischen dem Pouthoulster Walde und Vos zu lebhaften Artilleriekämpfen. Auch in der Gegend von Lens, beiderseits der Scarpe und westlich von Cambrai lebte die Feuerbetätigung zeitweilig auf. Bei Ronchy wurde ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer abgewiesen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz. Am Dile-Münch-Kanal ließen die Franzosen bei einem gescheiterten Unternehmen Gefangene in unserer Hand. Vöns der Allette, im Abschnitt von Reims, auf den Maas-Höhen und am Hartmannsweilerkopf vielfach Artillerietätigkeit. Unsere Infanterie brachte von Erkundungen auf dem Ouseufer der Maas und nördlich von Badonvillers einige Franzosen zurück.

Italienische Front
Lebhafter Feuerkampf auf der Hochfläche von Asiago.

Der Luft- und Seekrieg.

Berlin, 1. Febr. (28. I. B. Amtlich.) Im mittleren und westlichen Mittelmeer wurde in letzter Zeit besonders der Transportverkehr nach Italien und Frankreich gestört. Dabei wurden fünf Dampfer und ein Segler mit über 23 000 Bruttoregistertonnen versenkt. Die Dampfer waren bis auf einen bewaffnet und meist tief beladen. Die Mehrzahl wurde in geschützten durchgeführten Angriffen aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen, darunter ein großer Truppenransportdampfer, der unter starker Zerstörerbedeckung fuhr, also wohl besonders wertvoll war. Der versenkte Segler „Maria-P.“ war mit Wein nach Malta unterwegs.

Berlin, 2. Febr. (28. I. B. Amtlich.) Dicht unter der englischen Küste wurden durch unsere Unterseeboote bei starker Bewachung und Gegenwirkung kürzlich sechs Dampfer sowie der englische Schlepper „Defire“ mit zwei Motorleichtern versenkt. Die Dampfer waren fast durchweg tief beladen, einer von ihnen mit Holz.

Berlin, 3. Febr. (28. I. B. Amtlich.) Unterseebooterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 Bruttoregistertonnen. Die Schiffe waren fast sämtlich tief geladen und wurden zum größten Teil im Vermellanal vernichtet. U. a. wurde hier ein großer Frachtdampfer in gewandtem Angriff aus einem Geleitzuge herausgeschossen. Kamentlich festgestellt konnte der englische Dampfer „Quasgrove“ (2063 t) werden.

Daag, 3. Febr. Hier traf eine von neutraler Seite kommende Nachricht ein, daß am 26. Dezember ein großes englisches Kriegsschiff, das von einigen Torpedobögern begleitet war, in der Nähe des Kriegsschalens Birt of Borth auf eine Mine lief und sank.

Neuter meldet aus London amtlich: Das bewaffnete britische Dampfschiff „Loubain“ wurde im östlichen Teil des Mitteländischen Meeres am 21. Januar torpediert und sank. Sieben Offiziere und 217 Mann kamen ums Leben.

Der versenkte Transport.

Wie in der Versenkungsmeldung des Admiralsstabes vom 15. Januar bereits bekannt gemacht wurde, hat das von Oberleutnant zur See Obermüller befehligte Unterseeboot am 30. Dezember des vergangenen Jahres vor Alexandrien einen Truppenransportdampfer und bald darauf einen englischen Zerstörer versenkt. Die inzwischen eingelaufenen näheren Berichte geben ein anschauliches Bild von dieser schneidigen Tat und liefern den Beweis, daß ungeachtet aller feindlichen Sicherungen unsere U-Boote ihr Ziel dennoch zu erreichen wissen. „U.“ sichtete am 30. Dezember vor der Küste Ägyptens morgens gegen 9 Uhr einen von Westen nach Osten grau bemalten Passagierdampfer, der von vier Bewachungsdampfern und einem Zerstörer der H-Klasse begleitet war. Unbemerkt stellte Oberleutnant Obermüller seine Beobachtungen an. Schon die starke Bedeckung des Dampfers ließ darauf schließen, daß er eine wertvolle Ladung an Bord haben mußte. Sie entpuppte sich als ein großer Transport von weißen englischen Truppen, deren helle Kaschianzüge ein winnendes Durcheinander auf den beiden durchlaufenden Promenadenböden und den niedriger liegenden Verkehrsdecks bildeten. Gerade als „U.“ im Begriff war, den Angriff anzusetzen, drehte der Dampfer plötzlich scharf nach Backbord ab. Anscheinend hatte doch ein scharfes Augenpaar das dünne Sehrohr entdeckt, und durch schleuniges Abdrehen wollte der Dampfer dem Verderben entkommen. Doch mit höchster Maschinenkraft drehte das U-Boot nach, ungeachtet der fünf Sicherheitschiffe und der zweifellos auf ihnen, wie auch auf dem bewaffneten Transportdampfer herrschenden Aufmerksamkeit und Geschützbarkeit. Trodem die Zielsicherheit durch die Kursänderung stark beeinträchtigt war, wagte der Kommandant den Torpedoschuß. Zehn Sekunden später bohrte sich der Stahlstich in die Mitte des immer noch im Drehen befindlichen Dampfers ein. Weitere Beobachtung war vor-

erst nicht möglich, denn die Stärke der feindlichen Gegenwehr zwang zum Tauchen. Als jedoch nach einiger Zeit das Sehrohr wieder aus dem Wasser hervorlugte, lag der sinkende Dampfer bereits mit 45 Grad Schlagseite über. Viele Menschen schwammen im Wasser. Fünf Bewachungsdampfer suchten emsig die Unfallsstelle nach Ueberlebenden ab. Der Zerstörer jedoch hatte sich mit seinem Bug (Vorderteil) an den sinkenden Transportdampfer herangelegt und nahm unausgeseht Soldaten über, die zum Teil an Leinen herunterkletterten. Auch einige Rettungsboote trieben vollbesetzt in der Nähe. Um 10 Uhr 19 richtete sich der Dampfer plötzlich mit dem Bug hoch auf und versank dann schnurgerade über dem Aftersleben (Hinterteil). Zu neuem Angriff tauchte nun „U.“ auf Sehrohrtiefe und brach in das Rudel der Bewachungsschiffe hinein, die immer noch eifrig beschäftigt waren, Schiffbrüchige aus dem Wasser zu ziehen. Wieder verließ ein Torpedo das Rohr, der gleichfalls ein Treffer wurde gegen einen Zerstörer. Sofort nach dem Einschlag flog der Zerstörer auseinander. Eine gewaltige Kesselexplosion hatte den Schiffsrumpf in Stücke gerissen. Doch nun hatten die Bewacher das Sehrohr entdeckt und schnaubten mit höchster Fahrt heran, so daß „U.“ wieder schleunigst seinen Fühler einzog und auf ziemlicher Tiefe aus der brenzlischen Gegend abließ. Aber die Verfolger gaben die Jagd noch nicht auf, um so mehr, als nun von Alexandria her weitere Kriegsfahrzeuge herbeieilten. Beim nächsten Ausblick durch das brave Sehrohr konnten bereits 10 Schiffe festgestellt werden, die an der Untergangsstelle nach Ueberlebenden suchten. Zu ihnen gesellten sich ein „Arabis“-Kreuzer sowie ein Monitor, die sich von nun ab dem U-Boot auf die Fersen hefteten und erst mit Einbruch der Dunkelheit ihre ergebnislose Verfolgung aufgaben. Unversehrt kehrte „U.“ wenige Tage später in seinen Stützpunkt zurück. Das alte Jahr war mit einem schönen Erfolge beschlossen worden.

Berlin, 3. Febr. Der „Tagl. Rundschau“ wird gemeldet: Aus den Meldungen der Pariser Zeitungen über den Angriff der deutschen Flugzeuge auf Paris geht hervor, daß in der Stadt Paris schwerer Schaden angerichtet wurde. Auf den inneren Boulevard schlugen mehrere Bomben in Häuser ein. Ein Haus wurde bis auf das erste Stockwerk zerstört. In der inneren Stadt sind die meisten Fensterbänke eingedrückt worden. Es waren etwa 120 französische Flugzeuge in der Luft, aber sie konnten infolge der weitaus überlegenen Schnelligkeit der deutschen Flugzeuge nichts ausrichten. Noch schlimmer als Paris selber sind die Vororte heimgesucht worden. Die Pariser Bevölkerung soll in der wahnsinnigsten Furcht sein und mit den ungeheuerlichsten Ausdrücken über die Deutschen schimpfen. Die Presse ist vollkommen außer Rand und Band. Sie meint, niemals würde man vergessen, was die Deutschen getan haben. Hervorzuheben ist, daß die Zeitungen über militärische Schäden kein Wort veröffentlichen dürfen und auch in der Schilderung der übrigen Sachschäden an strenge Zensurvorschriften gebunden sind. Vorläufigen Schätzungen zufolge geht der Schaden hoch in die Millionen.

Genf, 2. Febr. Das französische Kriegsministerium hat der Presse eine längere Mitteilung zugestellt, worin versichert wird, daß der Ministerpräsident Clemenceau und der Unterstaatssekretär des Flugwesens Dumesnil nach einer eingehenden Besprechung beschlossen haben, Paris in Zukunft besser als bisher gegen Fliegerangriffe zu verteidigen, und zwar nach dem Beispiel der Engländer durch die Organisation eines, die Hauptstadt umgebenden Sperrfeuers, das die Annäherung der Flieger erschwert. Diese Mitteilung der Regierung kommt dem Zugeständnis gleich, daß die Proklamation der Pariser Zeitungen über die geradezu waghalsige Haltung des Pariser Publikums falsch sind, daß man im Gegenteil in großer Furcht ist wegen der Angriffe und der geringen Erfolge der Abwehr. Das Publikum scheint auch wenig entzückt zu sein von dem Verlangen der nationalistischen Presse nach Repressalien, denn die „Revue“ und andere Blätter der

Sinken werfen bereits die Gegenfrage auf, ob denn auch das französische Flugwesen leistungsfähig genug sei zu einer den deutschen Angriffen entsprechenden Gegenleistung.

In den Pariser Blättern wird heute zugestanden, daß unter den Opfern des Fliegerangriffs zahlreiche Arbeiter der Kriegswerkstätten sich befinden. Die Liste der Opfer läßt auch erkennen, daß zahlreiche Angestellte der Eisenbahnen getroffen sind. Es bestätigt sich, daß der Bahnhof von St. Denis und ein anderer Verbindungsbahnhof der Gürtelbahn stark beschädigt worden sind. Mehrere Bomben sind auch auf den Südbahnhof abgeworfen worden. An der unmittelbar vor dem Bahnhof stehenden Kirche St. Laurent wurde sogar das ganze Dach abgehoben. In einem Vorort sollen die deutschen Flieger Blätter abgeworfen haben mit der Mitteilung, daß der Angriff vom 30. Januar nur ein Anfang sei. Der Erzbischof von Paris erklärt unter Berufung auf den Papst und die christliche Zivilisation einen öffentlichen Protest gegen die Beschädigung von Paris. Gegen die Beschädigung der deutschen Städte hat der Erzbischof seinerzeit jedoch keinen Widerspruch erhoben.

Bern, 2. Febr. Die Pariser Blätter bringen die Aufsätze über den Luftangriff mit riesigen Überschriften. Alle Angaben lassen erkennen, daß mehrere Bomben auf die Innenstadt und die Boulevards fielen, wo außerordentlicher Sachschaden entstand. Untergrundbahnstationen wurden zerstört. An vielen Stellen sah es wie auf einem Schlachtfeld aus. Ein Abwehrschießung wurde im Luftkampf beschädigt und landete, Sachschaden anrichtend, auf dem Rondellaplatz. Der Führer ist schwer verwundet. Mehrere Lagerhäuser mit Leinwand- und Tuchvorräten wurden durch die Bomben in Brand gesetzt und zerstört. In der Umgebung von Paris sind die Zerstörungen noch größer. Die Häuser wurden von den etwa 100 Kilogramm schweren Bomben oft bis zum Keller durchschlagen.

Die Friedensverhandlungen

W. T. B. Breit-Litowsk, 1. Febr. Heute wurde unter dem Vorsitz des Ministers des Äußern Graf Czernin eine Sitzung der deutschen, österreichisch-ungarischen und russischen Kommission für die Regelung der politischen und territorialen Fragen abgehalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Herr Trotski eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die heute in seine Hand gelangten deutschen Blätter ein angeblich von der Petersburger Telegraphenagentur stammendes Telegramm enthielten, welches, wenn ihm Glauben geschenkt werde, auf den Gang der Verhandlungen in schlimmer Weise einwirken könne. Darin wurde der Schlusssatz einer Rede aufgeführt, welche er vor dem dritten Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten in Petersburg gehalten habe. Er habe tatsächlich dort einen Bericht über den Gang der Friedensverhandlungen in Breit-Litowsk erstattet, und habe seinen persönlichen Standpunkt, sowie den Standpunkt der Delegation und seiner Regierung zum Ausdruck gebracht. Nach dem Telegramm hätte er angeblich gesagt, die russische Delegation würde keinen Sonderfrieden schließen. Diese Nachricht sei erfunden und stelle

genau das Gegenteil von dem dar, was er gesagt habe.

Die Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen und deutschen Delegation erklärten, sie würden den Ursprung der fraglichen Meldung feststellen lassen, worauf in die Tagesordnung eingetretten wurde. Graf Czernin wies darauf hin, daß die Kommission bisher die Frage der Gebiete besprochen habe, welche von den reichsdeutschen Truppen besetzt seien. Er schlage vor, nunmehr zu versuchen, eine gewisse Klarheit über das Gebiet zu schaffen, das von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzt sei. Vor Eintritt in die Einzelheiten dieser Frage möchte er bemerken, daß die Herren der ukrainischen Delegation auf dem Standpunkt ständen, sie hätten allein und selbständig über diese Frage zu verhandeln und zu beschließen. Er bittet daher den Präsidenten der russischen Delegation, seinen Standpunkt in der Zuständigkeitsfrage darzulegen. Trotski erwiderte, er erhebe im Namen seiner Delegation und der russischen Regierung mit allem Nachdruck Einspruch dagegen, daß sich die Delegation der Kiewer Rada auf dem Standpunkt stelle, sie könne die territoriale Frage einseitig und selbständig lösen. Seine Auffassung werde heute noch mehr unterstützt durch die Teilnahme von zwei Vertretern des Exekutivkomitees der ukrainischen Republik im Verband der russischen Delegation. Dies sei die formale Seite der Frage. Was die materielle Seite betreffe, so sei er der Ansicht, auf Grund verschiedener Nachrichten, insbesondere auf Grund eines Telegramms, welches er eben erhalten habe, daß die Frage einer Teilnahme der Delegation der Kiewer Rada an den Brester Verhandlungen mehr als eine Frage der Vergangenheit anzusehen sei, denn als eine Frage der Gegenwart und Zukunft. Herr Trotski sagte weiter, es sei selbstverständlich, wenn die Ukraine als vollständig freie und von Rußland unabhängige Republik bestünde und weiter bestehen würde, sie nach der erfolgten Abgrenzung alle Fragen ihrer Staatlichkeit, also auch die territorialen Fragen, selbständig würde lösen können. Aber diejenige ukrainische Regierung, welche in dem Verband der russischen Delegation vertreten sei, stehe auf dem Standpunkt, daß die Ukraine einen Teil der föderativen Republik Rußlands bilde, und deshalb sei es notwendig, daß diese Entscheidung erfolge, auf der augenblicklich tatsächlichen Grundlage, ausgehend von dem Beschluß, die russische Republik föderativ aufzubauen.

Auf Ersuchen des Staatssekretärs v. Kühlmann gab hierauf Trotski den Inhalt des von ihm erwähnten Telegramms bekannt, wonach der ausschlaggebende Teil der Kiewer Garnison zur ukrainischen Sowjetregierung übergegangen ist, und die weitere Existenz der Rada nur nach kurzen Zeiteinheiten zu bemessen sein soll. Auf Anregung des Vorsitzenden wurde darauf beschloffen, die Zuständigkeit der ukrainischen Delegation für territoriale Fragen in einer morgen abzuhaltenden Vollsitzung in Anwesenheit der ukrainischen Vertreter weiter zu besprechen. Zum Schluß erbat sich Trotski das Wort zu einer Anfrage, in der er ausführte, er habe aus der Presse erfahren, daß Staatssekretär v. Kühlmann an den polnischen Ministerpräsidenten Ruzarszewski einen Brief gerichtet habe, worin er ihm mitgeteilt habe, er würde die Zuziehung eines Vertreters des polnischen Ministeriums zu den Friedensverhandlungen anregen, und bitte um Auskunft, ob diese Frage bei einer der nächsten Sitzungen angeschnitten werden

würde. Staatssekretär v. Kühlmann antwortete auf seine wiederholte Erklärung in dieser Frage, die mit der Frage der Anerkennung der Staatspersönlichkeit der besetzten Gebiete durch die russische Delegation in Zusammenhang stehe. v. Kühlmann gab der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, die Frage in der nächsten Zeit auf die Tagesordnung zu legen. Minister des Äußern Graf Czernin fügte hinzu, daß auch er seinerseits die Entsendung von polnischen Vertretern unter bestimmten Voraussetzungen aufs wärmste begrüßen würde. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Wb. Breit-Litowsk, 3. Febr. Staatssekretär v. Kühlmann und Minister des Äußern Graf Czernin begaben sich heute nachmittag mit Begleitung zu einem kurzen Aufenthalt nach Berlin.

Lugano, 2. Febr. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg: Die Hungerkrise ist im Wachsen. Seit einigen Tagen fehlt das Brot. Die Bevölkerung erhält pro Kopf täglich nur 50 Gramm eines ausschließlich aus Erbsenstücken ohne jeden Getreidezusatz hergestellten Gebäcks, dessen Genuß von den Ärzten als schädlich bezeichnet wird. Die Teuerung wird immer schlimmer. Das Kilo Kartoffeln kostet jetzt 5 Rubel. Zucker fehlt gänzlich. Von Fleisch gibt es nur noch Pferdefleisch, das daher einen reichenden Abgang findet. Die Hungersnot treibt die Massen zur Verzweiflung. Infolge Schließung der Butylow-Werke mußten 8000 Arbeiter Petersburg verlassen, um nicht vom Hungertode erreicht zu werden. Dagegen haben die maximalistischen Soldaten in den Kasernen reichlich weißes Mehl, Zucker, Wodka und andere alkoholische Getränke. Es ist unmöglich, daß diese Krise noch länger andauert, ohne schwere anarchistische Unruhen herbeizuführen. Jeden Tag schon rufen die hungerigen Menschen auf den Märkten Konflikte hervor, welche häufig blutig verlaufen. Fortgesetzt muß der Rat der Volkskommissäre mit den drohenden Arbeitermassen der Fabriken verhandeln. Nunmehr drohen auch die Arbeiter der Rotendruckerei der Staatsbank in den Ausstand zu treten, wenn sie keine Lebensmittel erhalten. Aber eine Abstellung der Hungerkrise erscheint schwer, da die infolge der Leninischen Revolution entstandene vollständige Desorganisation vorläufig die regelmäßige Zufuhr von Lebensmitteln nach Petersburg unmöglich macht. Der Typograph greift namentlich in den Arbeitervierteln ständig weiter um sich, gleichzeitig tritt die Pest in gefährliche Nähe. Schon hat die Pest Tausende von Opfern an der kaukasischen Front gefordert, und nun wird sie seitens der verschreckten und fahnenflüchtigen Soldaten über ganz Rußland verbreitet. Maßregeln zur Behebung und Unterdrückung der Pest können bei der großen Missetimmung der Massen und dem Verfall aller sanitären Einrichtung nicht getroffen werden. Der Ärzteverband von Petersburg hat sich schon in außerordentlichen Sitzungen mit der Pestgefahr beschäftigt, ist aber zu dem Schluß gekommen, daß er bei den jetzigen Zuständen dagegen ohnmächtig ist.

Stockholm, 2. Febr. Laut „Norwaja Schijn“ nimmt die Lebensmittelnot in Petersburg von Tag zu Tag zu. Der Böbel verliert systematisch in Privatwohnungen verschiedene Stadtteile eindringen, und verübt Gewalttaten selbst gegen Frauen und Kinder. Unter der Bevölkerung herrscht volle Panik. Der Sowjet gab nachträglich bekannt, daß er 5000 Arbeiter und Soldaten zu Lebensmittelkontrollen ernannt habe. Diese Maßnahme erinnert an den am 30. Januar erlassenen Demobilisierungsbefehl, der ebenfalls nur erfolgte, um der bereits geschehenen

Der goldene Käfig.

Roman von Julius Keller.

16] (Nachdruck verboten.)

Nach wenigen Minuten schon durchhallten laute Glockenklänge das Gebäude — es war Feierabend!

Die Treppe begann sich bald zu beleben; die in den oberen Sälen beschäftigten Mädchen — etliche hundert an der Zahl — kamen, meist paarweis, in munterer Unterhaltung begriffen, herabgeschritten, während durch die geöffneten Fenster der Lärm der in tumultuöser Weise aus den hinter dem Hof liegenden Fabrikgebäuden kommenden Arbeiter hereindrang.

Die meisten der herabkommenden Mädchen schienen Gabriele nicht zu kennen, nur wenige grüßten sie; als bereits alle sich fast entfernt, erschien Martha Helmer auf der Treppe.

Sie war in tiefes Schwarz gekleidet, und der Ausdruck ihres Gesichtes, ihre ganze Haltung verrieten zur Genüge, daß diese Kleidung nicht nur ein äußeres Zeichen der Trauer war, daß ihr Herz blutete vor Schmerz und Kummer um den fern von der Heimat dahingegangenen Gatten, der nun ohne daß sie noch einen Blick auf die Züge des geliebten Toten hätte werfen können, schon mehrere Monate in fremder Erde ruhte.

Langsam und gebrochen, als täte ihr jeder Schritt wehe, kam Martha die Treppe herab, die vom vielen Weinen angegriffenen, rotgeränderten Augen starr zu Boden richtend.

Sie erschraf, als sie plötzlich ihren Namen rufen hörte.

„Martha, liebe Frau Martha“, rief Gabriele, indem sie hastig der jungen Witwe Hand ergriff, „wie lange habe ich schon auf eine günstige Gelegenheit geharrt, Sie zu erwischen, heute aber hatte ich mir fest vorgenommen, daß es gelingen müsse. Kommen Sie mit mir in den Garten!“

„Fräulein Gabriele...“

„O bitte, bitte, lehnen Sie es nicht ab. Der Onkel ist ausgefahren und wird vorläufig nicht zurückkehren. Also bitte, bitte, kommen Sie!“

Und ohne eine Entgegnung der Witwe abzuwarten, nahm sie den Arm derselben und zog sie lächelnd mit sich fort, dem Portale zu, welches in den großen, schattigen Garten führte, der sich hinter dem imposanten Gebäude ausdehnte.

„Fürchten Sie nichts, liebe Frau Martha“, flüsterte Gabriele der leicht Widerstrebenden zu, nachdem sie den Garten betreten hatten, „wir werden ganz ungestört sein!“

Das junge Mädchen konnte nicht ahnen, daß gerade in diesem Augenblick der Wagen Behrmanns wieder vor dem Gebäude vorfuhr und der Millionär mit verdrießlicher Miene, weil er den Bankier Rühnemann nicht daheim angetroffen, dem eleganten Gefährt entstieg und sich mißvergnügt in seine Gemächer begab, deren Fenster nach dem Garten hinausgingen.

Sie führte die junge Frau zu einer der nahegelegenen Lauben, wies auf einen mit

frischen Früchten gefüllten Korb, der auf dem Tisch stand und sagte herzlich:

„Seien Sie so gut, liebe Frau Martha, die kleine Gabe freundlich anzunehmen. Ihr Söhnchen wird sich darüber freuen und auch Sie bedürfen einer kleinen Erfrischung. Ein Schelm gibt mehr, als er hat.“

„Wie soll ich Ihnen für Ihre Teilnahme danken, Fräulein Gabriele?“ erwiderte Martha gerührt, „bin ich Ihnen denn mit meinem Kummer, meiner Trauer nicht zu langweilig?“

„Sofort legen Sie sich zu mir und erzählen mir — zur Strafe für Ihre Vermutung.“ Hier wurden sie plötzlich durch laute, heran-

nahe Schritte unterbrochen.

„Mein Gott“, rief Gabriele erschrocken aus, „sollte der Onkel doch zurückgekommen sein?“

Dabei blickte sie vorsichtig um die Ecke der Laube, zog aber gleich das Köpfchen zurück, während eine glühende Rote ihr Gesicht jäh überflutete.

„Es ist Herr Felsing“, flüsterte Gabriele, der Hauslehrer meines Bruders. Was kann der hier im Garten wollen?“

In demselben Moment schon betrat der junge Mann, ein Buch in der Hand haltend, die Laube.

„Also führte mich doch ein günstiger Stern“, sagte er nach der höflichen Begrüßung, „als ich Sie hier im Garten vermutete, gnädiges Fräulein.“

„Wie Sie kommen zu mir?“

(Fortsetzung folgt.)

Tatsache der eigenmächtigen Demobilisierung einen ge-
schlichen Anstrich zu geben und die allgemeine Anarchie
zu verbreiten. Vereinzelt war die Rote Garde ge-
nötigt, die vor den Brotläden angesammelten Volks-
mengen, die meist aus Frauen bestanden, gewalt-
sam auseinander zu treiben. In den Katernen, Gefäng-
nissen, besonders aber den Krankenhäusern, sind die
Verhältnisse sehr schwierig. Die Insassen einzelner
Krankenhäuser erhalten nur noch Obliservaten. Mit
in dem gegenwärtigen Wirrwarr kündigen die Anar-
chisten die Eröffnung eines Kongresses in den eleganten
Räumen des in der Nähe der Nikolaibrücke gelegenen
Gardes vor einigen Tagen bemächtigten. Wie das
Offizierskafino in Delfinglors, ist nunmehr der Kauf-
mannsclub in Petersburg das Hauptquartier der meist
aus Matrosen bestehenden Anarchisten, die bereits auf
mehreren Schiffen der Ostseeflotte die rote Revolutions-
flagge durch die schwarze Flagge ersetzt haben.

Sofia, 31. Jan. (B. V.) Nach Privatmel-
dungen aus Vahadag sind die rumänischen
Truppen nach mehreren Gefechten in Beni
eingezogen. Die Kämpfe dauern an der ganzen
Front fort.

Stockholm, 3. Febr. Nach einer Petersburger
Nachricht besetzten die polnischen Legionen
in der Stärke von 25.000 Mann Bogotischew und
löst den dortigen Arbeiterrat auf. Sie befinden sich
in der Richtung auf das Gouvernement Smolensk. Die
Bolschewikregierung in Petersburg ergreift Repres-
salien. Sie ließ eine Anzahl ausgehender polnischer
Besandtschaften, darunter den Fürsten Swiatopolk-
Skiski, angeblich auch die bekannten Polenführer Le-
ninski und General Babianski, verhaften.

Frankreich und Elsas-Lothringen

Der „Basler Nachrichten“ schreiben in Nr. 32:
„Wenn Frankreich behauptet, daß die elssässische
Frage für die Franzosen eine Frage des Rechts,
für die Deutschen eine Frage der Macht sei,
widerpricht es der Geschichte. Eine Zeit lang,
nach 1870, gab es einen Standpunkt, von dem
aus Frankreich die Rückgabe des Elsas unter
Berufung auf einen Rechtsgrundsatz fordern
konnte, solange nämlich, als es bei der Mehrzahl
der Elssässer den Wunsch nach der Rückkehr voraus-
setzen durfte. Der Widerstand gegen das Plebiszit
beweist, daß diese Voraussetzung bei Frankreich
nicht mehr besteht. Die Franzosen berufen sich
ferner auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker,
das 1870 dem geltenden Recht nicht angehört hat.
Die französische Regierung hat sich darauf stets
nur berufen, wenn es zugunsten der eigenen
Macht oder auf Kosten der fremden gehen
konnte. Und gerade im Jahre 1870 stand Frank-
reich im Begriff, diesem Grundsatz ganz besonders
flagrant ins Gesicht zu schlagen, denn der Sinn
des Krieges von 1870 war für Frankreich die
Gewinnung des „linken Rheinufers“, d. h. von ur-
deutschem Boden. Die Eroberung des Elssasses
durch Deutschland war tatsächlich keine An-
nexion, sondern eine „Desannexion“. Das
Elsas war eine deutsche Irredenta; wenn Deutsch-
land sie, ohne erst die Bevölkerung zu befragen,
zurückverlangte, so handelte es nach demselben
Grundsatz, der Frankreich in diesem Krieg Ita-
lien, Rumänien, Griechenland als Bundesgenossen
zugeführt hat, nach dem Grundsatz nämlich, als
landeszugehörig anzusehen, was ethnographisch,
geographisch und historisch zum Lande gehört.
Das ganze Elsas hat rund 800 Jahre zu Deutsch-
land gehört, von Lothringen ein Teil ein Jahr-
hundert weniger, der andere, größere, ein Jahr-
hundert mehr. In ihnen hat bis zur Revolu-
tion, auch antisch, die deutsche Sprache geherrscht;
erst die freiheitsbringende Revolution hat die Län-
der durch das Sprachgesetz von 1790 auch sprach-
lich vergewaltigt; mit Erfolg nur, soweit die
amtliche Macht sich erstreckte; der Großteil der Be-
völkerung sprach auch nach 1870 deutsch oder beide
Sprachen. Wenn die Franzosen sich auf den
Standpunkt stellen, daß die Gewinnung der „Seele
des Elssasses“ durch ihre Überlegenheit Frank-
reich ein Recht gab, die Länder trotz der unrech-
tmäßigen Erwerbung zu behalten, so wird man
den Deutschen das Recht nicht abstreiten können,
die Probe aufs Exempel zu machen und sich durch
den Augenschein zu überzeugen, ob die Elssässer
nicht ein zweitesmal umzustimmen sind. Der Ver-
such ist gemacht worden und scheint geglückt zu
sein: Frankreich selbst will es auf das Plebiszit
nicht mehr ankommen lassen. „Trügerisch“ nannte
Bismarck neulich dieses gezielte Werkzeug der
französischen und der kommenden Menschheits-
Politik! In der Tat dürfte sich Frankreich einiger-
maßen durch das Plebiszit betrogen sehen.“

Sofia, 30. Jan. (B. V.) Meldung der
Bulgarenischen Teleg. Agentur. In der heutigen
Sitzung der Sobranje hielt Ministerpräsident
Radoslawow die bereits angekündigte Rede
über die Kriegsziele Bulgariens und
dessen Teilnahme an den Friedensverhand-
lungen mit Rußland. Der Ministerpräsident
wies darauf hin, daß alle Völker sehnsüchtig
den Frieden wünschen und daß auch Bulgarien
ihn anstrebe, jedoch einen ehrenvollen Frieden
wolle, der seine nationale Einheit bewahrt.
„An der Tat, wenn Bulgarien den schmerzlichen
Opfer, die es im Kriege erträgt, zustimmt, ge-
schieht dies, um alle seine zerstreuten Stämme
teile zu einem einzigen Staate zusammenzufassen.
Bulgarien rechnet also mit dem Anschluß der
Dobruja, des Marawalandes und

Mazedoniens an das Mutterland. Dies steht
keineswegs im Widerspruch zu der Friedensfor-
mel: keine gewaltsamen Gebietsveränderungen und
freies Selbstbestimmungsrecht der Völker, denn
die Bevölkerung der erwähnten Gegenden be-
fundete schon zu wiederholten Malen ihr jugar-
isches Volkstum sowie den Willen, ihre Nationali-
tät zu bewahren. Die Verwirklichung dieses natio-
nalen Willens hat die bulgarische Abordnung
in Brest-Litowsk zu verteidigen, und das hat sie
bisher mit Erfolg getan.“

Der Ministerpräsident wiederholte die Ge-
schichte der Verhandlung. „Wir brachten die feste
Hoffnung aus, daß die Verhandlungen schließlich
zu einem Sonderfrieden mit Rußland führen
würden.“ Bei Besprechung der Verteidigung der
bulgarischen Interessen auf der Konferenz in
Brest-Litowsk erklärte Radoslawow, daß die bul-
garischen Ansprüche den wesentlichen Punkt des
Programms der verbündeten Staaten, Österreich-
Ungarns und Deutschlands, bilden. „Bulgarien
kennt die Rolle, die ihm zufällt. Es weiß auch,
daß es in diesem Bündnis noch Interessen gibt,
die anders sind als die seinen, und daß folglich
das Kriegsende nicht nur von seinem Willen
abhängt.“ Nach der Rede Radoslawows ergrißen
alle Führer der Oppositionsgruppen das Wort, um
den rückhaltlosen Beitritt ihrer Fraktionen zu
dem von der Regierung vorgelegten Programm
der nationalen Einigung auszusprechen.

Berlin, 2. Febr. In Bulgarien war schein-
bar eine gewisse Beunruhigung entstanden, weil der
Nichtbesserer Graf Dertling in seiner Rede im
Hauptauschuß Bulgariens und seine Kriegs-
ziele nicht erwähnt hatte. Demgegenüber kann dar-
auf hingewiesen werden, daß Graf Dertling in seiner
Rede von Bulgariens deshalb nicht gesprochen hat, weil
sie fast ausschließlich eine Einordnung auf die Wilson-
Rede sein sollte, Wilson seinerseits Bulgariens in seiner
Botschaft nicht genannt hatte, denn zwischen Bulgariens
und den Vereinigten Staaten besteht kein Kriegszu-
stand. Es darf deshalb aus dem Nichtersprechen der
bulgarischen Kriegsziele in den Dertlingischen Aus-
führungen nicht etwa geschlossen werden, daß Deutsch-
land seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Bul-
gariens nicht einzuhalten gedenke. Uebrigens hat im Ver-
kaufmannsclub an dessen sich Matrosen und Rote
laut der weiteren Debatte der Staatssekretär v. Röh-
mann auf die bulgarischen Wünsche Bezug genommen.

Basel, 1. Febr. Wie Havas aus Peters-
burg meldet, ordnete das Kriegskommissariat die
Demobilisierung der Jahressklassen 1904, 05, 07, 08
sowie aller Soldaten an, die am 7. Januar das
31. Lebensjahr zurückgelegt haben.

Genf, 1. Febr. In Versailles wurden am
Mittwoch zwei Sitzungen abgehalten, eine militärische
und eine politische. Auf diplomatischem Gebiet be-
faßte man sich mit der neuen Lage Rußlands, wobei
besonders von englischer und amerikanischer Seite
auf eine Annäherung an die Bolschewiki Wert ge-
legt wurde. Unter anderem wurde die Frage einer
Antwort auf die Aeußerung Herlings und Czernins
in ablehnendem Sinne entschieden. Der deutschen
und österreichischen Streikbewegung wurde große
Bedeutung beigemessen und beschlossen, ihr durch alle
verfügbaren Mittel, mit Propaganda usw. Vorschub
zu leisten. Auf militärischem Gebiet besprach man
die Bildung einer Stokarmee, die sich aus den
Reserven der verschiedenen Verbündeten zusam-
setzen soll, um da eingesetzt zu werden, wo eine
Bedrohung eintritt oder wo man einen schnellen
Stoß führen will. Die militärischen Besprechungen
wurden am Donnerstag fortgesetzt. Die „Petit
Journal“ erzählt hat die Frage des einheitlichen
Oberkommandos eine Lösung im Sinne der Wünsche
Frankreichs gefunden.

Haag, 2. Febr. In Amsterdam sucht wieder
dieselbe unverantwortliche Gruppe Generalsstreik und
Unruhe hervorzurufen, die im Juni einen Aufstand
inszenieren wollte, weil die Arbeiter während einiger
Tage statt Kartoffeln Reis essen sollten. Der Re-
dakteur der halb-anarchistischen „Tribune“ Wynkoop
entfaltet wieder eine lebhaftige Tätigkeit und verhetzt
die Massen, indem er ein allgemeines Ausfuhrverbot
predigt, obgleich er weiß, daß ohne Ausfuhr nach
Deutschland Holland keine Kohlen erhalten kann,
was einer Stilllegung des gesamten Wirtschaftslebens
und Verkehrs Hollands gleichkommt. In den Redak-
tionsräumen der „Tribune“ hat bis vor kurzem
jener berühmte Minister gearbeitet, der jetzt in
Deutschland gefangen sitzt, und der für seine Tätig-
keit von englischen Agenten bezahlt wurde. Es ver-
dient dies erwähnt zu werden, da Wynkoop gerade
mit seiner Propaganda für ein Ausfuhrverbot eine
Hege gegen Deutschland betreibt. Außer den 5000
Leuten, die dem anarchistischen sogenannten Arbeiter-
sekretariat angeschlossen sind, und die sich aus Hafen-
arbeitern, Transportarbeitern etc. rekrutieren, ist es
noch die unkontrollierbare, von dem Ententeblatt
„Telegraaf“ und seinem Ableger „De Courant“ ver-
hetzte Gefolgschaft Wynkoops, die an dem Streik
teilnehmen wird. Die sozialdemokratische Arbeiter-
schaft, die Gewerkschaften und die Amsterdamer Ge-
meindearbeiter lehnen den Streik ausdrücklich ab,
und das führende sozialdemokratische Blatt „Het Volk“
weist sich dagegen, daß die Arbeiterschaft von einer
derartig kleinen Minderheitsgruppe verleitet werden

soll. Der Streik ist, wie Wynkoop erklärt, vorläufig
für drei Tage gedacht, soll aber periodisch wieder-
holt werden bis die Forderungen durchgesetzt werden,
bis auf Beschlagnahme und Verteilung aller Lebens-
mittel und Gewährung von Arbeit oder Lohn für
alle Arbeitslosen gerichtet wird. Wie sich die Sache
entwickeln wird, läßt sich noch nicht voraussagen.
Jedenfalls hat der Bürgermeister von Amsterdam
alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, Ausschreitungen,
wie sie im Juni vorkamen, zu verhindern. Bezeichnend
ist es, daß der „Telegraaf“ heute einen ausführlichen
Bericht über eine anarchistische Versammlung in
Amsterdam veröffentlicht, in der Minister als Märtyrer
hingestellt und die deutschen Erklärungen über diesen
Agenten Englands als Lüge bezeichnet werden.

Politische Rundschau.

Berlin, 1. Febr. Die deutsche Turnerschaft
hatte dem Kaiser zu seinem Geburtstag einen Draht-
gruß übermittelt. Als Antwort des Kaisers ging
folgende Depesche bei dem Vorsitzenden der deutschen
Turnerschaft Dr. Toeplitz in Breslau ein: „Der-
selben Dank für den Gruß altbewährter Treue, mit
dem ich die deutsche Turner an meinem Geburts-
tag erfreut hat. Möchte die begeisterungsfähige und
opferwillige Vaterlandsliebe der deutschen Turner
auch in den großen Aufgaben sich bewähren, für die
wir siegreichem Frieden alle Kräfte des Volkes wer-
den einsetzen müssen.“ Wilhelm I. R.

Zürich, (Internationale Katholikentagung).
Hier begann am Dienstag eine internationale
Katholikentagung, die sich mit der völkerecht-
lichen Stellung des Papsttums und den Garantien
für Freiheit und Unantastbarkeit, Garantien, die
sich infolge der vielen Verletzungen im Weltkrieg
als unentbehrlich erwiesen haben, beschäftigt.

Wb Berlin, 1. Febr. Bekanntmachung. Die
Ausstandsbewegung, in der ein Teil der Arbeiter-
schaft von Groß-Berlin noch verharret, beeinträchtigt
die Versorgung des Heeres und der Marine mit
Waffen und Munition.

Ich habe daher zunächst folgende Betriebe:
1. Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken in
Martinsfelde und Wittenau; 2. Berliner Ma-
schinen A. G. vormals L. Schwarzlopp; 3. A.
Vorsig in Berlin-Tegel; 4. Allgemeine Elektrizitäts-
Gesellschaft, Fabriken in Henningsdorf; 5. Argus-
Motoren-Gesellschaft in Berlin-Reinickendorf; Luft-
Verkehrs-Gesellschaft in Berlin-Johannisthal; 7. Daim-
ler Motoren-Gesellschaft, Zweigniederlassung Berlin-
Mariensfelde, unter militärischer Leitung gestellt und
den Arbeitern dieser Betriebe aufgegeben, die Arbeit
spätestens unter dem 4. Februar 1918 bis morgens
7 Uhr wieder aufzunehmen.

Zu widerhandelnde setzen sich schwerster Bestrafung
nach den Vorschriften des Belagerungsgesetzes aus;
die Wehrpflichtigen unter ihnen werden militärisch
eingezogen werden.

Der Oberkommandierende in den Marken.
von Kessel, Generaloberst.

Berlin, 1. Febr. Der unabhängige sozialdemo-
kratische Reichstagsabgeordnete Dittmann ist, wie man
meldet, gestern mittag verhaftet worden. Dittmann
war bekanntlich Mitglied der Streikleitung. Nach
einer Verfügung des Oberkommandos in den Mar-
ken war es den Mitgliedern der Streikleitung, wie
schon gemeldet, verboten worden, noch weiterhin
zusammenzutreten und es war ihnen jede weitere
Tätigkeit untersagt worden. Entgegen diesem Verbot
hat Dittmann trotzdem wieder in einer Streikver-
sammlung gesprochen. In einer Rede brachte er
zum Ausdruck, daß der Streik unbedingt hochge-
halten werden müsse. Wegen Aufreizung zum
Vandalenverrat hat dann die zuständige Staatsanwalts-
schaft die Verhaftung Dittmanns angeordnet. Er
wird heute dem zuständigen Staatsanwalt zugeführt
werden.

Dortmund, 1. Febr. Auf den sechs Zechen im
Stadtgebiet ist heute die Gesamtbelegschaft angefahren.
Auch auf den Zechen des Landkreises sind nur noch
geringe Minderheiten ausständig.

Hamburg, 1. Febr. Nachdem bereits gestern
über die Hälfte der auf den hiesigen Werften streikenden
Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen hat, haben
sich nunmehr auch die Betriebsausschüsse der Aus-
ständigenden in Hamburg für die einhellige Wiederauf-
nahme der Arbeit am Samstag, den 2. Februar
ausgesprochen.

Mainz, 1. Febr. Auf Einladung der sozial-
demokratischen Parteiorganisation und der freien
Gewerkschaften fanden am Freitag nachmittag in
sieben Lokalen der Stadt gut besuchte Arbeiterver-
sammlungen statt. Der größte Teil der in Munitionsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiter-
innen leistete der Einladung keine Folge und arbeitete
bis Feierabend weiter. Die Referenten — sozial-
demokratische Führer — rieten durchweg in maß-
vollen Worten von dem Streik ab. Die Versamm-
lungen verliefen in Ruhe und Ordnung. Im

Strassenleben zeigte sich keine abnorme Veränderung. Der Aufforderung der Versammlungsbredner, ruhig nach Hause zu gehen, wurde Folge geleistet. Nirgends kam es zu Verhören gegen die öffentliche Ordnung. Die von den Versammlungen angenommenen Resolutionen fordern den Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, das gleiche Wahlrecht, gerechte Verteilung der Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs.

Kassel, 1. Febr. Die Streikenden sämtlicher Betriebe in Kassel haben heute früh die Arbeit wieder aufgenommen. Zu Maßnahmen irgendwelcher Art ist es nicht gekommen. Die Verteilungen haben von den Erklärungen der Streikleitungen Kenntnis genommen, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um Lohnhöhen, sondern lediglich um eine Demonstration mit politischem Charakter gehandelt hat.

Köln, 1. Febr. Der Streik in den Kölner industriellen Werken ist beendet, nachdem eine stattgefundene Vertrauensmännerversammlung in Gegenwart des Regierungspräsidenten beschlossen hat, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Köln, 1. Febr. Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht Köln ist heute vormittag Bernhard Hammer, der ohne Erlaubnis Flugblätter verteilt hatte, in beschleunigtem Verfahren wegen versuchten Landesverrats zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Als strafmildernd ist in Betracht gezogen worden, daß er bisher unbestraft ist und den Feldzug mitgemacht hat.

Bielefeld, 1. Febr. Der Ausstand hat sich auf die gesamte Metallindustrie Bielefelds und der Vororte ausgebreitet. Rund 8000 Mann Christliche haben sich nicht angeschlossen. Für Montag wird die Wiederaufnahme der Arbeit erhofft.

Kassel, 2. Febr. Da in einigen Bezirken des 11. Armeekorps, so insbesondere in Gotha und einigen anderen thüringischen Städten, die Arbeit noch nicht aufgenommen wurde, hat der Kommandierende General eine Verfügung erlassen, daß alle am Streik beteiligten Wehrpflichtigen einschließlich der Beurlaubten und Reklamierten, die nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, in das Heer eingestellt werden.

Dresden, 2. Febr. Auch in Sachsen verfolgen die Streikenden der Rüstungsindustrie namentlich politische Forderungen, wie auch solche der politischen Neuordnung in Sachsen. Aus diesem Grunde hatte der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Sachsens und Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten Kammer eine Konferenz mit dem Minister des Innern, in der jene Forderungen geltend gemacht wurden. Der Minister Graf Bismarck lehnte jedes Entgegenkommen mit Entschiedenheit ab. Man hoffte trotzdem, daß am Montag die Arbeit überall in Sachsen wieder aufgenommen wird.

Berlin, 2. Febr. Die Zahl der Streikenden hat gegen gestern um etwa 20 Prozent abgenommen und man nimmt an, daß bis Montag die Arbeit ziemlich allgemein wieder aufgenommen sein wird. Krawalle sind heute nicht mehr vorgekommen.

Wb Berlin, 2. Febr. Der erste Fall, der vor dem außerordentlichen Kriegsgericht für Berlin 3 zur Verhandlung kam, betraf den 30jährigen Dreher Heinrich Schulze. Der Angeklagte verteilte am 29. Januar vormittags am Bahnhof Reinickendorf-Klosterthal an die mit der Bahn ankommenden Arbeiter, die in die Fabrik gehen wollten, Zettel, die zum Streik aufforderten. Der Gerichtshof versagte dem Angeklagten mildernde Umstände und erkannte wegen versuchten Landesverrats auf 4 Monate Zuchthaus, die in 6 Monate Gefängnis umgewandelt wurden. Der Angeklagte wurde in Haft behalten.

Berlin, 2. Febr. (W. B. Amtlich.) Die Abgeordneten Ebert, Naase, Ledebour und Scheidemann sind heute vormittags vom Reichstagskanzler Grafen von Hertling zu einer Besprechung empfangen worden, an der auch dessen Stellvertreter v. Payer, Staatssekretär Wallraf und der Minister des Innern Drews teilnahmen. Die Abgeordneten unterbreiteten dem Kanzler den Wunsch, bei den Militärbehörden darauf hinzuwirken, daß Vertrauensmännern der

streikenden Arbeitergruppen erlaubt werden möchte, in einer geschlossenen Versammlung über die durch den Streik geschaffene Lage zu beraten. Der Kanzler stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß die Regierung das Zustandekommen einer Versammlung, deren Beschlüsse darauf hinauslaufen könnten, gesetzwidrige Handlungen auszuführen oder für ihre Fortführung einzutreten, nicht befürworten könne. Auch wenn die Versammlung zu dem Ergebnis führen sollte, daß die Streikenden einen neuen Antrag stellten, mit der Regierung zu verhandeln, würde dies die Lage nur weiter verschärfen, da die Regierung auf einen solchen Antrag nur ablehnen und antworten könne. Solange deshalb keine Gewähr dafür vorliege, daß die Besprechungen lediglich dahin wirken würden, den Streik zu beenden und alle allgemeinen politischen Wünsche der Arbeiter künftig auf dem gesetzmäßigen Wege über die Volksvertreter an die Regierung gelangen zu lassen, können diese den Vorschlag der Abgeordneten nicht erwägen.

Berlin, 3. Febr. Soweit heute ein Ueberblick über den Stand des Ausstandes möglich ist, kann man hoffen, daß die Ausstandswoche keine Verlängerung erfahren und daß der Ausstand morgen praktisch zu Ende sein wird. In den kleineren und mittleren Betrieben in Groß-Berlin ist der Ausstand bereits jetzt endgültig beendet. Am Samstag mittag sind in allen diesen Werken die Arbeiter wieder erschienen, und auch aus der Provinz laufen Meldungen von der Beendigung des Ausstandes ein. In einer Vertrauensmänner-Versammlung der ausländischen Arbeiterschaft in Brandenburg wurde beschlossen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. 8500 Arbeiter sind noch ausständig. Aus Spandau wird gemeldet, daß dort seit gestern in allen großen Betrieben wieder gearbeitet wird.

Duisburg, 2. Febr. (W. B.) Der Vorstand des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands erließ folgenden Aufruf an seine Mitglieder:

Revolutionäre Elemente versuchen durch Flugblätter und Agitation von Mund zu Mund die Arbeiter zu verheizen und für politische Bestrebungen durch die Arbeitsniederlegung zu veranlassen. Leider sind in Berlin und in anderen Großstädten die Arbeiter gefolgt und in den Streik eingetreten. Mit Befriedigung kann jedoch festgestellt werden, daß im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Arbeiter im Reich nur ein kleiner Bruchteil pflichtvergessen die Arbeit niederlegte. Durch friedliche Streiks wird der Krieg nicht abgeklärt, wie dies die Feinde angeben, sondern verlängert und dem Feinde in die Hände gearbeitet. Unsere Gegner werden durch Streiks zum Weiterkampf angespornt. Unsere Feinde lauern schon lange darauf, daß Deutschland durch innere Unruhen und Streiks in seiner Kampfkraft geschwächt wird und ihre Beute werde. Wägen sich die deutschen Arbeiter keiner Täuschung hingeben: In solcher Lage würden sie die schlimmsten Folgen zu tragen haben. Auch die Interessen der Arbeiter werden durch die Streiks nicht gefördert, sondern auf das schlimmste geschädigt. Aufhebung der Versammlungsfreiheit, Militarisierung der Betriebe usw. werden die Folge sein. Auch die Versorgung mit Lebensmitteln wird durch die Streiks nicht gebessert, sondern verschlechtert. Unser Vaterland ist von allen Seiten bedroht. In dieser Situation ist ein Streik Verrat am Vaterlande, an uns und unseren Söhnen und Brüdern an der Front. Wir sind es ihnen schuldig, daß wir sie nicht im Stich lassen und alle unsere Kräfte in den Dienst der Produktion stellen, damit sie nicht wehrlos dem Feinde gegenüberstehen. Mitarbeiter! Kollegen und Kolleginnen! Wir fordern Euch hiermit auf, nicht bloß jetzt sondern auch später, wenn von genannter Seite Butsch und Streiks versucht werden sollten, diesen mit aller Energie mannhaft entgegenzutreten. Tut wie seither so auch in Zukunft. Eure Pflicht. Dann werdet Ihr am besten Euren Interessen dienen. Der Vorstand. J. A.: Wiebert, Vorstandsvorsitzender.

* Alle neueren Nachrichten besagen übereinstimmend, daß die Arbeit, soweit der Ausstand nicht schon am 2. Februar sein Ende erreichte, am 4. Februar wie-

der aufgenommen sein wird. Damit ist eine, wenn auch nur kurze, aber um so erfreulichere Episode in den Geschehnissen der Kriegszeit abgeschlossen.

Bermischte Nachrichten.

* **Rüdesheim, 4. Febr.** Der seitherige Eisenbahn-Assistent Josef Moritz, welcher seit Kriegsbeginn in Belgien tätig ist, wurde zum Stationsvorsteher ernannt.

* **Rüdesheim, 4. Febr.** Herr Postsekretär Corvers von hier, Leutnant v. R. und Führer einer Maschinengewehr-Kompagnie, wurde von Sr. Majestät für hervorragende Tapferkeit mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet.

K. A. Rüdesheim, 4. Febr. In nächster Zeit werden Saatkarten in vermehrtem Umfange verlangt werden. Es wird deshalb wiederholt zur Kenntnis gebracht, daß die Ausstellung von Saatkarten stets bei den Bürgermeisterämtern der Wohnorte zu beantragen ist, nicht etwa bei dem Kreisaußschuß. Alle Anträge, die unmittelbar bei dem Kreisaußschuß eingehen, müssen aus bestimmten Gründen wieder an die Bürgermeisterämtern zurückverwiesen werden, wodurch unnötige Schreibereien und Verzögerungen entstehen.

* **Rüdesheim, 4. Febr.** (Wiederaufnahme von Schnell- und Personenzügen.) Die letzten Einschränkungen im Personenverkehr sollten im allgemeinen nicht von langer Dauer sein. Inzwischen hat sich die Lage auch so weit geklärt, daß mit dem 5. Februar wieder ein Teil der Züge aufgenommen werden dürfte. Es sind dies die Züge, die am 22. v. Mts. außer Verkehr gesetzt wurden.

Von der Nahe, 3. Febr. Im allgemeinen war das Weingeschäft in der letzten Zeit nicht sehr belebt. Zu den Verkäufen kam es dabei aber doch. Zahl wurden für das Stück 1917er 5500—7000 Mark. Auch ältere Sachen wurden abgesetzt und hoch bewertet.

Aus dem Rheingau, 4. Febr. Der Rebschnitt wird in den Weinbergen nach besten Kräften gefördert, auch sonstige Arbeiten an den Reben werden erledigt. Das Rebholz steht noch gut, denn es hat keinen Frostschaden erlitten. Im freihändigen Weingeschäft herrschte in letzter Zeit Ruhe, doch kam es auch zu Abschlüssen. Dabei wurden für das Stück 1917er 7400 Mk. und mehr angelegt.

Bekanntmachung.

Von Mittwoch, den 6. ds. Mts. ab, erhalten alle Bezirke Zucker für den Monat Februar. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt eine Menge von 625 Gramm, Würfelzucker. Der Preis für die 625 Gramm beträgt 55 Pfennig. Lebensmittelkarte und abgezähltes Geld sind mitzubringen. Die Ausgabe erfolgt in dem Gefellenhause, Geissenheimerstraße, wie folgt.

am Mittwoch		
Bezirke	1 und 26 von	8—9 1/2 Uhr
"	2 und 25 von	9 1/2—11 "
"	24 von	11—12 "
"	3 und 23 von	2—3 1/2 "
"	4 und 22 von	3 1/2—5 "
"	5 von	5—6 "
am Donnerstag		
"	6 und 21 von	8—9 1/2 "
"	7 und 20 von	9 1/2—11 "
"	19 von	11—12 "
"	8 und 18 von	2—3 1/2 "
"	9 und 17 von	3 1/2—5 "
"	10 von	5—6 "
am Freitag		
"	11 und 16 von	8—9 1/2 "
"	12 und 15 von	9 1/2—11 "
"	13 und 14 von	11—12 "

Rüdesheim, den 4. Februar 1918.

Der Magistrat.

Redaktion: J. B.: G. Meißing.

Städtische höhere Mädchenschule

Rüdesheim a. Rh.

Kinder, welche zu Beginn des nächsten Schuljahres in die städtische höhere Mädchenschule oder in die Vorschule zu derselben aufgenommen werden sollen, sind bis zum 15. Februar ds. Js. anzumelden. St. Genehmigung Kgl. Regierung vom 28. März 1914 können auch Knaben in die Vorschule aufgenommen werden.

Die Anmeldungen nimmt die Vorsteherin in der Schule, (Brömsershaus) entgegen und zwar Dienstags, Donnerstags, Freitags und Samstags von 11—12 Uhr.

Die Schulvorsteherin: A. Marx.

Crepp-Papier empfiehlt A. Meier

Zahn-Atelier

Rüdesheim a. Rh., Bleichstr. 2a.

Wochentags 10—12 und 2—5 Uhr.

mit Ausnahme des Samstag-Nachmittag.

Sonntags keine Sprechstunde.

Telefon 280.

Rasche, Dentist.

Druckarbeiten aller Art

fertigt A. Meier